



INHALT

CORVUS	Seite 2	Korrektes und Inkorrektes
BERICHT	Seite 3	SchulpolitikerInnen zu Gast bei der GEW
AUS DEM SCHULAUSSCHUSS	Seiten 4/5	Inklusionsbeirat und Sprachförderung
SCHULENTWICKLUNG I	Seiten 4/5	Fauler Gesamtschulfrühling in Langenhagen
AUS DER GEW	Seite 6	Jubilarehrung 2016 und ein launiger Rückblick
SCHULENTWICKLUNG II	Seite 7	Streit um die Namensgebung für die neue IGS in Seelze
AUSBLICK	Seite 8	Termine

Korrektes und Inkorrekt

„Bis ins rotgrüne Milieu hinein sind viele heterosexuelle Männer ohne Migrationshintergrund verunsichert und fühlen sich benachteiligt ...“

(Aus dem Hamburger Abendblatt)

Wer in der Nachkriegszeit der Bundesrepublik sozialisiert wurde, erlebte und erlernte die Sprache aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ (Sternberg) und oft auch einen HJ-Jargon. Darin spiegelte sich nicht nur vergangenes Denken, sondern in großen Teilen herrschende gesellschaftliche Wirklichkeit. Zwar hatten „die Alliierten ihnen“ (den Deutschen) „den Artikel 3(3) Grundgesetz vorbuchstabiert ...“ (Hermann L. Gremliza), der Gleichheit „aller Menschen vor dem Gesetz“ stand aber noch über Jahrzehnte altes Personal in den „Drei Staatsgewalten“ entgegen. Auch in der Presse, der „Vierten Gewalt“, saßen vielfach solch bewährte Kräfte. Diese Gesellschaft also zu humanisieren und zu zivilisieren, war und ist ein mühsames Projekt. Außerparlamentarische Bewegungen wurden darüber integriert und

**BLACK
LIVES
MATTER**

parlamentarische Versuche endeten im „Basta“. Minister in Turnschuhen wurden so zu Staatsmännern. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass im Laufe der Jahrzehnte wichtige positive Veränderungen stattfanden, man denke nur an das Sexualstrafrecht und das Familien- und Personenstandsrecht. So verschwand z. B. das „Fräulein“ aus dem Amtsdeutsch und nach und nach auch aus dem allgemeinen Sprachgebrauch. 1993 erschien das Papier „Eine Sprache für beide Geschlechter“ (Hellinger/Birnbach), das sich gegen Sexismus in der Sprache wandte und detaillierte Alternativen zum herrschenden Sprachgebrauch anbot. Unter bestimmten Bedingungen wurde dort auch das „Binnen-I“ vorgeschlagen. Amtlicherseits und z. B. in Bewerbungsverfahren haben manche dieser Empfehlungen Aufnahme gefunden. Die Versuche, Sexismus im Sprachgebrauch zurückzudrängen, war Bestandteil der Auseinandersetzung mit der sprachlichen Diskriminierung in anderen sozialen Bereichen (Herkunft, Hautfarbe, Behinderung etc.). Aus dem Bereich der US-Hochschulen stammt seit den 1990er-Jahren der Begriff der Political Correctness (PC). Immer wieder geht es dabei auch um tatsächliche

Diskriminierungen. Von konservativer Seite wurde die „Meinungsdiktatur“ der PC angegriffen, es ging aber um die Aufrechterhaltung bestehender Zustände.

Auch hierzulande wurde PC schon immer von rechts attackiert. Wenn heute von Kretschmann über Gabriel bis von der Leyen vor „Übertreibungen der PC“ gewarnt wird, zeigt das nur, wohin sich die „Mitte“ bewegt.

Veränderungen im Sprachgebrauch sind jedoch meist nur der Spiegel, selten die treibende Kraft gesellschaftlichen Wandels. Sozial regieren die harten ökonomischen Fakten: Professorinnen lehren zwar StudentInnen (oder gar Stu-

dent*innen), geringfügig beschäftigte Reinigungskräfte sind aber hauptsächlich Frauen und die Altersarmut ist vor allem weiblich!

Einige PC-Begriffe sind hingegen eher absurd: Nichtweiße Nordamerikaner als „Afroamerikaner“ zu bezeichnen, ändert nichts an ihrer Diskriminierung wegen ihrer Hautfarbe, die sie vielfach zum Opfer von Polizei- und Justizgewalt macht. Ihr Beitrag zur Kultur ist jedoch über Generationen nicht „afrikanisch“, sondern in diesen Breiten gewachsen, also genauso „amerikanisch“ wie der der Iren, der Juden etc. Die Protestbewegung gegen die rassistische Gewalt folgt deshalb der Parole „Black Lives Matter“!

Das Etikett „Migrationshintergrund“ haftet in unserem Land Menschen an, die gesellschaftlich und sprachlich wohl integriert sind. Preisfrage: Ein Hannoveraner mit türkischen Eltern, der akzentfrei das hiesige Hochdeutsch spricht und ein Süddeutscher, auch lange hier ansässig, dem es nicht gelang, die mundartliche Färbung seiner Heimat abzulegen, welcher von beiden hat nun einen „Migrationshintergrund“? (In manchem Bezirk Berlins würde man da nicht lange raten...) **corvus**

Impressum:

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverbände Hannover Stadt und Land,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 66 20 -14/-15, Telefax 62 12 94,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.:

Maren Kaminski,

Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

DIE GEW HANNOVER news erscheint dreimal im Jahr. Auflage: 5200 Exemplare. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

Nach der Kommunalwahl

SchulpolitikerInnen zu Gast bei der GEW

Die Karten sind neu gemischt seit der Kommunalwahl im Herbst 2016, und das bezieht sich nicht nur auf Susan Bartels de Pareja, die als unsere Lehrkräftevertreterin Sitz und Stimme im Schulausschuss hat, sondern auch auf die Ratsmitglieder. Grund genug, die aktuellen schulpolitischen SprecherInnen der Parteien zu einem Kennenlern-Treffen einzuladen.

Wir waren neugierig und gespannt – kannten wir doch die „Neuen“ noch nicht alle, wussten aber im Vorfeld, dass sich das Kräfteverhältnis im Rat insoweit verschoben hat, als Rot-Grün sich mangels eigener Mehrheit jetzt für alle Beschlüsse Unterstützung aus anderen Parteien suchen muss. Daraus hat sich die Absicht einer „Ampel“-Zusammenarbeit mit den FDP-VertreterInnen entwickelt, die bereits eine gemeinsame Pressemitteilung der drei Fraktionen zu den Haushaltsanträgen für den Schulbereich hervorgebracht hat. Schwerpunkte darin: gemeinsames Oberstufenangebot für mehrere IGSen sowie Grundschulplanung an mehreren Standorten. Wir waren also gespannt auf detaillierte Erläuterungen. Und: Wer würde unserer Einladung folgen? Da gab's zunächst mal zwei Überraschungen: Der FDP-Vertreter reagierte nicht (und kam auch nicht); stattdessen bekamen wir eine Zusage von der CDU und, wie erwartet, von der SPD, den Grünen und den Piraten/Linken. Und so versammelten sich interessierte GEWlerInnen am 6. Februar mit den vier SchulpolitikerInnen in unserem Sitzungsraum.

Lange bekannt und als engagierte GEW-Kollegin geschätzt: Silvia Klingenburg-Pülm von den Grünen. Ebenfalls bekannt: Stefanie Matz von der CDU, Schulärztin bei der Region und als Vierfachmutter und Elternrätin mit den hannöverschen Schulverhältnissen seit langem breit vertraut. Neu hingegen: Afra Gamoori von der SPD, als junge Lehramtsstudentin eine Hoffnungsträgerin für den gelingenden Generationenwechsel; und Adam Wolf, der für die Gruppe DIE LINKE/Piraten im Rat sitzt und sich mit seiner Erfahrung als Elternvertreter der Tellkampfschule den Vorsitz des Schulausschusses zutraut. Eine bunte Mischung also bzgl. Alter, kommunaler Vorerfahrung und inhaltlichen Zielsetzungen.

Angenehm und überraschend (für ZeitzeugInnen der letzten Ratsperioden...) war der von Anfang an freundlich-entspannte Umgang miteinander: Es war deutlich spürbar, dass unsere kommunalpolitischen SchulsprecherInnen einander persönlich schätzen und respektieren und auf eine konstruktive Zusammenarbeit im Interesse der hannöveschen Schulverhältnisse gepolt sind, jenseits aller parteispezi-



v.l.n.r.: Afra Gamoori, Adam Wolf, Silvia Klingenburg-Pülm, Stefanie Matz

fischen Unterschiede in der Prioritätenliste. Harald Haupt hatte vorsorglich für die Vorstellung als Richtschnur ausgegeben: „Sie reden, und wir hören zu“, und so konnten unsere Gäste ohne Furcht vor störender Unterbrechung ihre jeweiligen Schwerpunkte vortragen. Zusammengefasst hier einige Stichpunkte:

CDU:

- baulicher Zustand der Schulen (Sanierung plus Ausbau aufgrund erhöhten Raumbedarfs durch G9 und Inklusion);
- Einzugsbereiche der Grundschulen;
- Schulentwicklungsplanung: Erhalt der Vielfalt schulischer Angebote im Sek I-Bereich; Stärkung der Oberschulen vor weiterem IGS-Ausbau.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

- Oberstufenoptionen für die IGSen räumlich sicherstellen;

- Ausbau des Ganztagsbetriebs an Grundschulen und qualitative Verbesserung des Betreuungsangebots im Nachmittagsbereich;
- Ausbau der Räumlichkeiten für Inklusionsbedarf.

SPD:

- Nutzung der Mittel aus dem Investitionsprogramm ohne Privilegien für die Gymnasien;
- Hortausbau;
- rechtzeitige konzeptuelle Planung von Betreuungsangeboten für neue Wohngebiete, z.B. Limmer.

Linke & Piraten:

- Gebäudesanierung auch als Kampf gegen Gesundheitsgefährdung (z. B. Schimmelbefall);

- Digitalisierung von Ausstattung und Arbeitsmaterial;
- Einrichtung von Schulküchen zur Verbesserung des Verpflegungsangebots.

In der anschließenden Aussprache wurde deutlich, dass auch seitens der Verwaltung guter Wille zur Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen im Prinzip vorhanden ist, dass allerdings die konkrete Umsetzung häufig durch Kommunikationsmängel belastet wird. Das Gebäudemanagement arbeitet traditionell nur mit seinen eigenen Fachleuten, und aus den Schulen heraus muss mit jeweils hohem Energieaufwand die Initiative ergriffen werden, um in den Planungsprozess eingebunden zu werden. Das hat z.B. beim Bau der IGS Kronsberg relativ gut geklappt, war aber für alle Beteiligten extrem aufwändig und ist nicht ohne Weiteres auf andere Schulplanungen zu übertragen. Das Standardraum-

programm (die Verwaltungsgrundlage für Schulbauten) bedarf dringend der Erweiterung um Faktoren der Bedarfe an Ergänzungsräumen. Zudem fehlt bislang eine strukturell abgesicherte Vorfeld-Kommunikation zwischen den Baufachleuten und den pädagogischen NutzerInnen. Perspektivisch tut es not, nicht mehr von Räumen, sondern von „Lernlandschaften“ auszugehen, damit eine flexible Nutzung ermöglicht wird. Und es fehlt eine gesetzliche Grundlage für den Bau von Schulzentren, innerhalb derer eine flexible Anpassung an sich ändernde Erfordernisse leichter erreichbar wäre. In der Vergangenheit hat sich mehrfach gezeigt, dass die lange Dauer von der ersten Planung bis zur Realisierung eines Bauprojekts dazu führen kann, dass ein neues Schulgebäude bereits bei seiner Einweihung veraltet ist, weil sich zwischenzeitlich die Kapazitätserfordernisse verändert haben (siehe Grundschule In der Steinbreite). Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass Schuldezernentin Rzyski einen Statistiker in ihr Team holen will, der für eine langfristig verlässlichere Prognose der stadtteilbezogenen Schülerzahlen sorgen soll. Zahlreiche weitere „Baustellen“ wurden noch angesprochen, von der Notwendigkeit von Lehrer-Arbeitsplätzen über die gewaltig angestiegenen Anforderungen an die Schulverwaltungskräfte bis zur weiterhin nicht gelösten Problematik der im Ganztagsbereich tätigen ArbeitnehmerInnen, die nicht zufriedenstellend in das pädagogische Gesamtkonzept der Schulen eingebunden werden können – um nur einige Beispiele zu nennen.

Was auch bei diesem Treffen wieder deutlich wurde: SCHNELL geht bei dem Riesentanker der hannöverschen Schullandschaft gar nichts – dazu ist der Aufgabenbereich zu groß, sind die bürokratischen Vorgaben zu bremsend, die beteiligten Interessengruppen zu unterschiedlich, die Entscheidungsprozesse zu kleinschrittig. Dazu kommt das unglückselige Kompetenzgerangel zwischen der Stadt als Schulträger und dem Land als Personalbewirtschafter, das keine eindeutige Zuordnung der Verantwortlichkeit für das sozialpädagogische und betreuende Personal festschreibt, ebenso wenig die Zuständigkeit für die Finanzierung des innerschulischen Verwaltungsaufwands. Insofern: Die ehrenamtlichen Mitglieder des Schulausschusses haben extrem dicke Bretter zum Bohren vor sich – dass sie sich dennoch dieser Aufgabe stellen, verdient hohe Anerkennung!

Wir wünschen also unseren vier Gästen die erforderliche Portion Hartnäckigkeit – und einen SEHR langen Atem.... Und freuen uns auf ein Fortsetzungstreffen in der zweiten Jahreshälfte! *Irmela Weinhardt*

Aus dem Schulausschuss

Für die neue Ratsperiode nach den Kommunalwahlen 2016 haben sich personelle Veränderungen im Schul- und Bildungsausschuss ergeben:

Sitzverteilung:

- SPD 3
- CDU 3
- B'90/DIE GRÜNEN 2
- DIE LINKE/Piraten 1
- FDP 1
- AfD 1
- Hannoveraner und Die FRAKTION je ein Grundmandat
- 2 VertreterInnen der Lehrkräfte
- 2 VertreterInnen der Elternschaft
- 2 VertreterInnen der Schülerschaft (NN).

Mitglieder der Lehrerschaft/ Allgemeinbildende Schulen sind:

- Frau Susan Bartels de Pareja – GS Ahlem, **GEW**
- Dr. Barbara Kursawe – Ricarda-Huch-Schule, Verband kath. deut. Lehrerinnen (VkdL)

Stellvertreter:

- Herr Dr. Hansjörg Rümelin – Bismarckschule Hannover, Philologenverband
- Herr Harald Haupt – GS Salzmannstraße **GEW**

Auslese von wichtigen Tagesordnungspunkten der ersten Sitzungen:

1. Forderungskatalog/Antrag des Inklusionsbeirates (23.11.2016):

Der Schulträger möge sich in geeigneter Form gegenüber dem Kultusministerium für Forderungen einsetzen, die dem gesetzlich formulierten Anspruch einer bestmöglichen Umsetzung der inklusiven Beschulung näher kommt. Aus Sicht des Beirates wird momentan das Inklusionsmodell im Hinblick auf die personelle Versorgung nur unzureichend umgesetzt. Der Antrag beinhaltet drei Forderungen, die allerdings zur Beratung in die Fraktionen gezogen wurden:

- Die Zuweisung der vorgeschriebenen personellen Ressourcen für SchülerInnen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, die inklusiv an allgemeinbildenden Schulen beschult werden, ist bis zum Ende der 10. Klasse zu gewährleisten.
- Die Zuweisung der vorgeschriebenen personellen Ressourcen für SchülerInnen mit dem BasU geistige Entwicklung ist so zu gestalten, dass diese uneingeschränkt an den Lernangeboten einer Ganztagschule teilnehmen können.
- Die sonderpädagogische Förderung muss zusätzlich zu den personenbezogenen Fösch.-Lehrkraftstunden im 5.

Fauler Gesamtschulfrühling

Jahr für Jahr musste die Integrierte Gesamtschule Langenhagen bis zu 190 SchülerInnen abweisen, die dann frustriert an andere Schulen ausweichen mussten. Für die Hauptschule wollten sich bei einer Befragung 2013 gerade mal fünf Eltern entscheiden. Bei stabil über 300 Anmeldungen für die 180 vorhandenen Plätze musste der Schulträger irgendwann reagieren. Und er reagierte nach intensiver Diskussion teils wider besseres Wissen, teils aus Überschätzung der kommunalpolitischen Steuerungsmöglichkeiten, ziemlich problematisch.

Zwei Schulen wollten gerne IGS werden. Aufgrund des hartnäckigen Drängens der Grünen beschloss der Rat der Stadt im März 2014 nahezu einstimmig, ausgerechnet die Umwandlung des schwierigsten Schulstandorts in eine IGS – in der Hoffnung, die dortige Situation dadurch verbessern zu können. Die im Verfahren ausgeschiedene Realschule verzog sich in die Schmollecke, obwohl die Wahl der zum Zuge gekommenen Hauptschule (mit RS-Zweig) letztlich ihre Position fe-

stigte und auch dem Gymnasium weiterhin abgewiesene IGS-Aspiranten zutrieb. Diese Reaktion der Eltern war absehbar. Die IGS-Süd versucht durch engagierte Arbeit dagegenzuhalten – anscheinend nicht ohne Erfolg.

Die leichte Entspannung, die gleichwohl mit der Einrichtung der neuen IGS in Langenhagen einhergeht, wird durch das kräftige Wachstum der Schülerzahlen konterkariert, die neue Wohngebiete im Stadtnorden und -westen mit sich bringen. Die Flughafenstadt profitiert zzt.

Hannover

und 6. Jahrgang bedarfsbezogen fortgesetzt werden. An Schulen mit mittelfristig erhöhtem Präventionsbedarf werden 1,5 FöSch.-Lehrkraftstunden pro Klasse vorgesehen.

2. Zum Thema Sprachförderung (19.01. und 25.01.2017):

In einer Anhörung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) mit dem Schul- und Bildungsausschuss zum Thema „Vergütung von DozentInnen für Deutsch als Fremdsprache“ in einer Sondersitzung am 19.01.2017 wurde die prekäre Vergütungssituation der Honorarkräfte dargelegt. Trotz der erhöhten Nachfrage nach Deutschkursen und der dringlichen Aufgabe, Migranten bei der Integration vor allem durch die Erlernung der deutschen Sprache zu unterstützen, arbeiten die rund 20000 DozentInnen in verschiedenen Instituten wie z. B. der VHS als Selbstständige und erhalten Honorarzah- lungen nach geleisteten Stunden. Was das mit einem Nettoverdienst von 1000 bis 1300 (60 bis 70%-ige Sozialabgaben) bei Vollbeschäftigung – die es jedoch kaum und nur mit 40 Unterrichtsstunden pro Woche gibt – bedeutet, wurde dem Ausschuss von den sieben RednerInnen unterschiedlicher Gremien (u. a. vom Aktionsbündnis DaF Hannover und der **GEW**) ein-

dringlich dargelegt. Ernste Gesichter waren bei allen Anwesenden zu vermerken und es wurde hinsichtlich des schon fehlenden Personals ersichtlich, dass sich die Stadt dringend um Lösungen zur Verbesserung dieser unakzeptablen Situation kümmern sollte.

Am 25.01.2017 wurde intensiv um die Zustimmung eines (ergänzend zu den aus Landesmitteln finanzierten Sprachförderungsangeboten) schulformübergreifenden Projekts „Deutsch natürlich!“ gerungen, dass in Kooperation mit dem Schulbiologiezentrum und den (zunächst nur umliegenden) Grundschulen konzipiert wurde. Es geht um praxisnahen Unterricht für Schüler mit Migrationshintergrund oder festgestelltem Sprachförderbedarf in Verbindung unserer heimischen Natur. Eine dreijährige Erprobungsphase ist vorgesehen. Vor allem wegen der hohen finanziellen Aufwendungen (eine Pädagogin mit Kenntnissen in DaZ als auch Naturwissenschaften muss dafür eingestellt werden), Zweifel an einem nachhaltigen Ergebnis hinsichtlich des Spracherwerbs und der Sorge, dass durch die Auswahl von „bestimmten Schülern“ nicht im Sinne der Inklusion unterrichtet werden würde, wurde lange debattiert, bis es zu einem Mehrheitsbeschluss von 9 gegen 5 Stimmen kam. So besteht zumindest für einen kurzen Zeitraum das Angebot für Kinder – die von den sie unterrichtenden Lehrkräften der Schulen



Susan Bartels de Pareja – GS Ahlem, GEW, wird ab Schuljahr 2018/2019 im SBPR tätig sein. Mit Beginn der neuen Legislaturperiode im Rat Hannover vertritt sie die Lehrerschaft im Schul- und Bildungsausschuss.

Ihre ersten Sitzungen entpuppten sich als Horizont erweiternde – und so manches Mal recht skurrile Formen annehmende – Lehrzeit in demokratischer Mitgestaltung unserer Schullandschaft in kleinen Tröpfchen auf heißen Steinen. In diesem Sinne blickt sie durchaus gespannt den nächsten Terminen entgegen, u.a. einer Klausurtagung des Ausschusses im „Grünen“ zum Kennenlernen.

ausgewählt werden – in geschütztem Raum eine Sprachförderung „zum Anfassen“ und außerhalb des Klassenraums erleben, was sich meines Erachtens immer positiv auf die kindliche Gesamtentwicklung auswirken wird. Susan Bartels de Pareja

ng in Langenhagen

sehr stark von Zuzügen in die Region Hannover. Noch vor dem Ende der letzten Ratsperiode reagierte deshalb die rot-grüne (Noch-)Koalition mit dem Vorschlag, nun auch zusätzlich die Realschule in eine IGS umzuwandeln. Die ist jedoch – nicht zuletzt aufgrund schulinterner Konflikte – nicht mehr so eindeutig dafür wie vor zwei Jahren. Und die Grünen sind mit Blick auf die Schülerzusammensetzung der IGS-Süd dabei, sich von dem gemeinsamen Antrag zu verabschieden.

Völlig unerwartet zauberte dann kurz darauf CDU-Bürgermeister Mirko Heuer den Vorschlag aus der Tasche, im äußersten Stadtnorden eine Bedarfserhebung für eine IGS durchzuführen – obwohl ein Ende des Schülerhypes an der Stadtperipherie abzusehen ist und die Schülerzahlen das wohl auch kaum hergeben werden. Dort gibt es einen aktiven, z.T. sehr

fordernd agierenden Bürgerverein. Die SPD hingegen setzt auf die Umwandlung der Realschule, in der Hoffnung auf eine langfristig bessere Durchmischung der Schülerzusammensetzung in den dann drei Gesamtschulen. Wegen der starken Schwankungen in der Altersstruktur der Ortschaften am Stadtrand hält sie einen zentralen Standort für geeigneter. Zu allem Überfluss brachte die bildungspolitische Sprecherin der Grünen dann auch noch ein zweites Gymnasium ins Gespräch.

Längerfristige bildungspolitische Erwägungen und Erfahrungen andernorts spielen in dieser Debatte eine geringe Rolle. Es geht eher darum, Schülerströme zu verwalten. Also nichts, was Langenhagen von den populistischen oder technokratischen Standortdebatten anderer Städte unterscheidet. Wolfgang Kuschel



Wolfgang Kuschel – Mitglied im Rat der Stadt Langenhagen und bis 2016 Leiter der IGS Langenhagen

Jubilarehrung 2016

Ein launiger Rückblick

Wie in jedem Jahr im November waren die Jubilare mit 40-, 45-, 50-, 55-, 60- und 65-jähriger Mitgliedschaft in der GEW zu ihrer Ehrung eingeladen, diesmal ins „Theater in der List“. Der ehemalige Landesvorsitzende der GEW und heutige Landesschatzmeister, Torsten Post, der selber für seine 40-jährige Mitgliedschaft geehrt wurde, gab einen launigen Rückblick auf die damalige Zeit. Dabei bezog er sich auf E&W aus den Jahren 1971 und 1976, die für die Zeit stehen, als die jetzigen Jubilare in die GEW eintraten.



Torsten Post hält die Jubilarrede



Für die 65-jährige Mitgliedschaft überreicht Dieter Räger einen besonders großen Blumenstrauß

Volksschullehrer und A13 für Realschullehrer durchzusetzen. Verbesserungen bei der Arbeitszeit bedeuteten: „Eine Unterrichtsstunde weniger!“

Schlaglichter 1971: (...) Diskussion der Reform der Sekundarstufe II, Entstehen von Gesamtschulen, sechs Schulversuche, Hinweise zur Absicht der Einführung der OS. Und es gab keine Hoffnung auf Ende des Lehrermangels: „Der Schülerberg kommt noch – der Pillenknick lässt auf sich warten.“

Sogar Werbung ist enthalten: Qualitätsreißzeuge und Rechenschieber, Arbeitsblätter „vierseitig A4 tintenfest“. Es gab damals auch schon Studienreisen zu Ostern: „Klassisches Griechenland“ für 980 DM oder „Große Türkei-Rundfahrt“ für 1380 DM. Es finden sich Angebote gegen Bettnässen und für „Met – Honigwein“. Schließlich: „Übersee-Akademiker, Dr., deutsch sprechender Witwer mit zwei Kindern sucht nichtrauchende, alleinstehende, evang. Lehrerin, Witwe oder schuldlos geschieden.“ Das Fundstück des Jahrgangs 1971 aber ist für Torsten: Eine ganzseitige Anzeige für „Asbach Uralt“.

Jahrgang E&W 1971: Die E&W begann mit der Erfolgsmeldung, dass die GEW nun bundesweit 118 000 Mitglieder hatte! Der Abdruck einer Verfügung der Bezirksregierung Hannover, lautete: „Klassen aller Altersstufen sind erst dann zu teilen, wenn mehr als 41 Schüler je Klasse vorhanden sind.“ Aber es bewegte sich auch Etlliches. Im Kontext der Diskussion um ein neues Bundesbesoldungsgesetz gelang es in Niedersachsen noch schnell A12 für

Jahrgang E&W 1976: (...) Bundesliga Eintracht Braunschweig verliert gegen Hannover 96: 0:2. Eine Statistik mit der Überschrift „Umgeben von Komfort“ beinhaltet: „82% der Haushalte hatten einen Schwarz-Weiß-Fernseher, 66% einen Plattenspieler, 58% ein Tonbandgerät, 47% ein Telefon, 10% einen Geschirrspüler.“ Ein neues Thema lautete: „Erste Demonstrationen gegen den Bau eines Kernkraftwerkes bei Brokdorf“. Im Februar blieben 2000 junge Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos und die Unterrichtsversorgung war natürlich wie fast immer: schlecht. Kultusminister Werner Remmers versuchte es mit den „Sparerlassen“ (...).

Torsten Post spiegelte die damaligen Situationen immer wieder in der von heute. Vieles sei unerledigt, und so werde zurzeit wieder einmal besonders um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gekämpft. Stärker als heute wurden in E&W damals politische Gegensätze und Diskussionen deutlich. Das zeigten Überschriften wie „Gesellschaftspolitischer Auftrag des Lehrers“ oder „Erziehung zur kritischen Mündigkeit“. So wandte man sich mit dem Titel „Gegen den willkürlichen Anarcho-Syndikalismus des AjLE“ gegen Veröffentlichungen der „Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher – GEW“, die beinhalteten, dass der Einzelne trotz formaler Freiheiten noch immer sozial-ökonomischen Zwängen unterworfen sei, große Teile des Volkvermögens und der Produktionsmittel in den Händen weniger seien und es einen Zusammenhang gäbe zwischen wirtschaftlicher Macht und der Unterdrückung in der dritten Welt. Torsten kommentierte: „Wenn ich das heute lese, dann ist es schon etwas frustrierend, dass wir nicht sagen können: hat sich erledigt!“

Maren Kaminski und Werner Fink



Freude über ein Wiedersehen, v.l.n.r.: Dieter Räger, Helga Papendick-Apel, Harald Haupt

IGS in Seelze

Streit um die Namensgebung

Recht unversöhnlich stehen sich die Meinungen im Rat der Stadt Seelze am 26.1.2017 gegenüber: Soll die IGS, die zum 1.8.2017 ihren Betrieb aufnimmt, den Namen „Bertolt Brecht Gesamtschule“ erhalten, wie es die Leiterin der Planungsgruppe für die neue Schule, Regina Schlossarek-Aselmeyer, im Rahmen der Fragestunde sehr engagiert vorschlägt? Die achtköpfige Planungsgruppe (LehrerInnen, SchülerInnen, Eltern) habe sich einstimmig dafür ausgesprochen. Brecht sei nie in einer Partei gewesen, sein literarisches Werk habe Weltruf; und seiner Haltung und seinem Werk entspräche das Kennzeichen der neuen Schule: „Niemand werde zurückgelassen.“ Sein episches Theater, gekennzeichnert durch „Unterhaltung und Belehrung“, könne didaktisch fruchtbar gemacht werden.

Die Sprecher der SPD und DIE LINKE stellen sich hinter den Antrag. Der Sprecher der CDU bleibt vermittelnd, man solle miteinander reden, vorschlagen würde man allerdings den neutralen Namen „IGS-Seelze“. Der FDP-Fraktionschef bestreitet die literarische Qualität der Werke Brechts nicht, lehnt diese Namensgebung aber ab, da Brecht ein politischer Opportunist gewesen sei, der Stalin gehuldigt habe und am 17. Juni den Arbeitern in den Rücken gefallen sei. Er schlägt Kurt Tucholsky als Namensgeber vor. Ähnlich äußert sich der Vertreter des BÜRGERFORUMS. Der Fraktionschef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bleibt mehr als zurückhaltend, man wolle in Kürze mit der Leiterin der Planungsgruppe über die Namensnennung reden. Der Bürgermeister der Stadt Seelze, Detlev Schallhorn, hatte sich für den Namen „Bertolt Brecht“ ausgesprochen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind das Zünglein an der Waage. Stimmen sie gegen die vorgeschlagene Namensnennung, gibt es keine Mehrheit für „Bertolt Brecht“, bei einer Enthaltung gibt es ein ganz geringes Votum dafür. Am 30. März wird die Entscheidung im Rat fallen. Letztlich muss, laut Schulgesetz, dann noch der Schulvorstand, der erst im August gewählt werden kann, der Namensgebung zustimmen, falls es eine Mehrheit für „Bertolt Brecht“ im Rat gibt. In der Beilage HAZ/NP – Garbsen-Seelze wurde zur Debatte aufgefordert. Und hier finden sich nun auch die Zuspitzungen: Einen Stalinisten könne man nicht zum Namensgeber einer Schule machen.

Zweifellos macht es uns Brecht nicht einfach. Wie wünschenswert wären doch klare öffentliche Worte in Bezug auf Gulag, die Schauprozesse, den Terror gewesen, zumal seine Bekannte (Geliebte?), die Schauspielerin Carola Neher, 1937 zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt wurde und 1942 im Gulag verstarb. Aber die Situation war kompliziert. Von McCarthy im Exil gedemütigt, wollte ihn in Europa niemand haben. Von einer „neutralen“ Stelle aus wollte er auf Deutschland einwirken, und vor Augen hatte er ein vereintes bzw. sich vereinendes Deutschland. Nur aus Ostberlin, „dem stinkenden Atem der Provinz“ (B.B.), kam schließlich ein Angebot, das er dann mit der Perspektive annahm, ein eigenes Theater zu bekommen. Brechts „episches Theater“ war mit den Setzungen des stalinistisch-dogmatischen Kulturverständnisses der DDR nicht vereinbar. Erbittert muss der „Stückeschreiber“ fortwährend seine Theorie- und Theaterpraxis gegen das Konzept des „sozialistischen Realismus“ durchsetzen. Wir würden heute von Freiräumen sprechen, die er sich immer wieder erkämpft hat. Dass es dabei erhebliche Zugeständnisse gab, dass er taktieren musste, darf niemanden verwundern. Wenn man in der DDR Theater machen wollte, wenn man publizieren wollte, wenn man studieren wollte, und jeder weiß es, waren bestimmte Unterwerfungen unter die Partei unabdingbar. Natürlich hätte Brecht auch mutiger sein können, wer würde da widersprechen? Die Quellenlage nach 1990 zeigt insgesamt, so

W. Hecht, dass er die „Murxisten“ (B. B.) sehr wohl real einzuschätzen wusste.

Und so ist zu fragen, ob er, dessen Lebenssinn im Theatermachen bestand, dies noch weiter hätte machen können, wenn er den Stalin-Preis abgelehnt hätte? (Thomas Mann, dem man den Preis zuerst anbot, hatte es freilich einfacher, abzulehnen). Brechts Preisrede klingt übrigens heute in Teilen erstaunlich aktuell, andere Passagen sind abzulehnen. Und der Name „Stalin“ fällt an keiner Stelle. Allein das war schon ein Affront ohnegleichen.

Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 schrieb Brecht sein Gedicht „Die Lösung“: Das Volk habe „das Vertrauen der Regierung verscherzt“ und könne es nur durch „doppelte Arbeit“ zurückerobern, „wäre es da nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ Nun gut, diese messerscharfe Kritik ist damals nicht veröffentlicht worden, dennoch sagt sie etwas über seine Haltung und Gesinnung, auch seine Verzweiflung aus. Schließlich ruft er in dem vielbeschworbenen Brief an Walter Ulbricht mittig zu echter Kommunikation zwischen Arbeitern und Partei auf. Diese Passage wurde in Ost und West damals unterschlagen, ist sie heute bekannt? Außerdem sind viele seiner Äußerungen nur zu verstehen, wenn man seine berechtigte Angst berücksichtigt, dass der „kalte“ in einen „heißen Krieg“ umschlagen könnte.

Brecht stellte sich auf die Seite der Unterdrückten und Armen. Und das könnte schon programmatisch für eine IGS stehen, nämlich eine Schule zu entwickeln, die nicht selektiert, sondern versucht, möglichst allen gerecht zu werden. Selbstverständlich dürfen Brechts Schwächen nicht unterschlagen werden. Ein Brecht in seinen Widersprüchen, ein Mensch, der im Gutmenschen nicht aufgeht, ein Mensch, der mit seinem Werk provozieren und das autonome Denken herausfordern will: Kann er nicht gerade wegen seiner Ambivalenzen ein guter Name für eine gute Schule sein?

Die Stadt Seelze sollte Bertolt Brecht mit seiner Namensnennung ehren! In eine verkürzende dogmatische Debattenkultur, wie sie in den fünfziger Jahren in Ost und West herrschte, sollten die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit nicht zurückfallen.

Werner Fink

(Quellen: u.a.: Ratssitzung 26.01.2017; Homepage der Stadt Seelze; HAZ/NP Seelze-Letter; Werner Hecht: Die Mühlen der Ebenen, 2013)

**Schließzeiten der
GEW-Geschäftsstelle
während der Osterferien:**



**In der Zeit vom
10. bis 23. April bleibt die
Geschäftsstelle geschlossen.
Wir wünschen euch sonnige
und erholsame Ferien!
Euer Geschäftsstellen-Team**

Alle Jahre wieder?

Von wegen!

Eberhard Brandt wird das letzte Mal als Landesvorsitzender zu uns kommen. Bei Bier, Wein oder Selters werden wir einen Rückblick auf seine Amtszeit hören. Wir sind außerdem gespannt auf seinen Ausblick für die anstehenden Herausforderungen der GEW. Im Kassenbericht geben wir Dir einen Überblick darüber, wofür Dein Mitgliedsbeitrag Verwendung findet.

Und natürlich ist die Versammlung DIE Gelegenheit, um den Mai-Pin mitzunehmen.

Wir möchten Dich herzlich zur **Mitgliederversammlung** der Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land am **Mittwoch, 15. März 2017 von 17 bis 20 Uhr** in das Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Straße 92 in 30165 Hannover einladen.

Für die Versammlung schlagen wir die folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung 17 Uhr
2. Verabschiedung der Tagesordnung 17.05 Uhr
3. Berichte 17 Uhr
 - a. aus den Vorständen
 - b. aus der Studierendenarbeit
 - c. aus den Fachgruppen
 - d. aus dem Schulausschuss
 - e. Gespräch mit dem Oberbürgermeister und der Schuldezernentin, von den Treffen mit den Ratsfraktionen
 - f. von den GEW-Feiern – Jubilarehrung, Sommerfest

4. Kassenberichte 17.40 Uhr
5. Entlastung der Vorstände 17.50 Uhr
6. Vorstellung, Beratung und Verabschiedung der Haushalte 2017 17.52 Uhr
7. Wahlen, darunter:
 - a. Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden für den Kreisverband Hannover-Stadt
 - b. Wahl des/der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden für den Kreisverband Hannover-Land
 - c. Wahl der Delegierten für die Bezirksdelegiertenkonferenz am 17. Mai 2017 – für Hannover-Stadt 13 und für Hannover-Land 10 Delegierte
 - d. Wahl der Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz, die am 25. und 26. September 2017 im Hannover Congress Centrum stattfindet – für Hannover-Stadt 14 und Hannover-Land 10 Delegierte

Nach den Wahlen gibt es eine Pause. Um 18.45 Uhr geht es weiter mit diesem Punkt:

8. Unser langjähriger GEW-Landesvorsitzender Eberhard Brandt zieht eine Bilanz und wagt einen Ausblick auf die Arbeit der GEW – was hat sich in den vergangenen Jahren verändert, welche Schwerpunkte sollte die GEW zukünftig im Blick haben? – Eberhard wird im September 2017 nicht erneut für den Landesvorsitz kandidieren, somit wird dies die letzte Mitgliederversammlung sein, zu der er in dieser Funktion zu uns kommen wird.

Um die Versammlung im Vorfeld besser planen zu können würden wir uns über eine Anmeldung bis zum 13. März 2017 an gew@gew-hannover.de sehr freuen!

Prof. Dr. Klaus Dörre: Herausforderungen in unübersichtlichen Zeiten – zwischen Verteidigung des Erreichten und gesellschaftlichen Visionen

Mittwoch, 29. März 2017, 17 Uhr, Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Straße 92, 30165 Hannover

Mit Blick auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus werden auch GewerkschafterInnen vor neue Aufgaben und Herausforderungen gestellt. In diesem Zusammenhang sind oft Schlagworte zu hören wie „Prekariat“

oder „Krise des Sozialen“. Was verbirgt sich dahinter und wie stehen diese mit dem Erstarken des Rechtspopulismus im Zusammenhang? Was sind Gegenstrategien und politische Forderungen, die dem Rechtspopulismus entgegenwirken? Haben Gewerkschaften Machtressourcen, die sie (politisch) einsetzen können und welche sind es?

Wir freuen uns sehr darauf, dass uns **Prof. Dr. Klaus Dörre**, Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologe an der Friedrich-Schiller-Universität Jena für eine thematische Einführung zur Verfügung steht und anschließend mit uns dieses breite Themenfeld diskutieren wird.